

Medienmitteilung

Freitag, 7. Dezember 2007

Wachstum anhaltend, nachlassende Dynamik

Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten

Aktuelle wirtschaftliche Situation

Die Schweizer Wirtschaft ist immer noch in Fahrt. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) wird 2007 aller Voraussicht nach um etwa 2,7 Prozent wachsen. Damit kann die Schweizer Wirtschaft auf vier erfolgreiche Jahre zurückblicken: Seit 2004 übertreffen die Wachstumsraten des BIP die psychologisch wichtige Zweiprozentmarke. Diese Marke hat aber nicht nur psychologischen Wert, sondern liegt auch nahe am derzeitigen Potenzialwachstum der Schweizer Wirtschaft von 1,9 Prozent.

Das robuste Wachstum ist breit abgestützt und umfasst sowohl alle wichtigen Nachfragegrössen als auch die meisten Branchen. Besonders der Export und der Konsum entwickeln sich erfreulich. Das Wirtschaftswachstum spiegelt sich in einer positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt. Trotz der anhaltend guten konjunkturellen Lage steigen die Preise im Jahresdurchschnitt lediglich um rund 0,7 Prozent.

Wirtschaftliche Entwicklung

economiesuisse geht von einem Wachstum von 1,5 bis 1,7 Prozent im nächsten Jahr aus. Die positive Beschäftigungssituation wird auch im Jahr 2008 anhalten. Aufgrund des moderaten Wirtschaftswachstums werden die Arbeitslosenzahlen (2,6 Prozent) weiter leicht sinken.

Allerdings ist der Höhepunkt des Konjunkturzyklus überschritten und die Wachstumsdynamik wird spürbar nachlassen. economiesuisse geht für das Jahr 2008 von einem stabilen Wachstum des inländischen Konsums aus, was vor allem dem Detailhandel und dem Tourismus zugute kommen wird. Demgegenüber werden die Bauinvestitionen leicht rückläufig sein, aber immer noch ein hohes Niveau aufweisen. Der wichtigste Wachstumstreiber bleibt die Exportwirtschaft. Im Gegensatz zur Realwirtschaft sind die Aussichten für die Finanzwirtschaft aufgrund der anhaltenden Unsicherheit etwas weniger positiv. Nach wie vor ist das konkrete Ausmass des notwendigen Wertberichtigungsbedarfs nicht bekannt. Derzeit geht man in Marktkreisen von 200 bis 300 Milliarden Dollar aus. Bleibt es dabei, wäre der Wertberichtigungsbedarf für das Bankensystem in den USA und im Rest der Welt tragbar. Für den Finanzplatz Schweiz von grosser Bedeutung ist das Vermögensgeschäft und damit die Lage auf den Aktienmärkten, die bis dato nicht so stark unter der Krise gelitten haben. So lange sich das Marktumfeld nicht deutlich verschlechtert, sollten sich die Auswirkungen auf die Schweizer Finanzindustrie denn auch in Grenzen halten.

Risiken

Die Wachstumsaussichten der Schweizer Wirtschaft können vor allem durch zwei Faktoren getrübt werden: Erstens haben sich die rezessiven Tendenzen in den USA als Folge steigender Kreditausfälle, sinkender Immobilienpreise und anziehender Import- und Nahrungsmittelpreise erhöht. Käme es tatsächlich zu einer Rezession in den USA, würde dies die weltweite Konjunktur stark in Mitleidenschaft ziehen und damit auch die Schweizer Exporte reduzieren. Zweitens besteht die Gefahr von abrupten Wechselkursänderungen. Wertet sich der Franken im Zusammenhang mit der Kreditkrise oder einer politischen Krise massiv auf, führt dies der Schweizer Wirtschaft erheblichen Schaden zu.

Monetäre Entwicklung

Die durchschnittliche Inflationsrate für das Jahr 2007 wird in den USA auf rund 2,7 Prozent und im Euro-Raum auf etwa 2,0 Prozent geschätzt. Dauert die grosszügige Liquiditätszufuhr in den Finanzkreislauf an, werden die Inflationsraten langfristig weiter anziehen. Für die Schweiz ist die Inflationsgefahr hingegen weniger ausgeprägt. Der Anstieg der Erdölpreise wird teilweise durch die Abwertung des Dollars kompensiert. Hingegen werden die Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 etwas anziehen. Auch die Lohnerhöhungen führen zu moderat steigenden Preisen.

Insgesamt geht *economiesuisse* für das nächste Jahr von einer durchschnittlichen Inflationsrate in der Höhe von 1,3 bis 1,5 Prozent aus. Vor diesem Hintergrund erwartet *economiesuisse* kurzfristig keine weitere Zinserhöhung der SNB.

Wirtschaftspolitische Prioritäten in der neuen Legislatur

Die Schweiz muss im globalen Wettbewerb ihre Konkurrenzfähigkeit weiterhin nachhaltig stärken. Nur so kann eine Basis für künftiges und nachhaltiges Wachstum gewährleistet werden. Für *economiesuisse* stehen darum folgende wachstumspolitische Herausforderungen im Vordergrund:

- Finanzpolitik: Überschüsse sollen zur Schuldentilgung und zu gezielten Steuersenkungen verwendet werden. Die Schuldenbremse muss eingehalten und auf den ausserordentlichen Bereich ausgeweitet werden. Unter Berücksichtigung einer Ausgabendisziplin entlang der Teuerung bleibt eine Schwerpunktbildung auf zukunftsorientierte, wachstumsstärkende Ausgaben für Bildung und Forschung sowie für die Modernisierung von Infrastrukturen wichtig.
- Aussenwirtschaftspolitik: Die Sicherung des bilateralen Weges mit der EU, Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen aufstrebenden Staaten und die Wiederbelebung der WTO bleiben zentral.
- Wettbewerbspolitik: Der Wettbewerb muss weiter gestärkt werden. Der Marktzugang muss erleichtert und staatlich regulierte Preise müssen abgebaut werden. Öffnung des Post- und Strommarkts und Ausweitung des Wettbewerbs im Spitalmarkt.
- Bildung und Forschung: Einen Schwerpunkt sieht *economiesuisse* bei den Naturwissenschaften und in der Ingenieurausbildung. Ausserdem soll das Hochschulrahmengesetz möglichst schnell umgesetzt werden.
- Energiepolitik: Prioritär bleiben für die Wirtschaft weitere Sparanstrengungen, Effizienzsteigerungen, die Förderung alternativer Energien und der Bau von Grossanlagen, vornehmlich im Kernkraftbereich.

Wichtige steuerpolitische Reformen angehen

Die Steuerattraktivität der Schweiz zahlt sich für alle Bürger aus. Diese Attraktivität muss aber aktiv gepflegt werden. Nötig ist darum ein schlankes und unverzerrtes Steuersystem, das die zentralen Wachstums- und Wohlfahrtsfaktoren nicht zu stark tangiert. Das schweizerische Steuerwettbewerbsmodell hat sich bewährt und ist deshalb im Inland und gegenüber dem Ausland zu verteidigen. Es ist die Grundlage für internationale Steuerattraktivität bei gleichzeitiger Sicherstellung der Solidarität. Auch die steuerliche Attraktivität der Schweiz für qualifizierte ausländische Arbeitskräfte muss mit Blick auf

ein gesundes Wachstum vorangetrieben werden. Eine weitere Herausforderung stellt die Vereinfachung der Mehrwertsteuer dar. Hier setzt sich *economiesuisse* konsequent für einen Einheitssatz ein.

Von grosser Wichtigkeit für die Wirtschaft ist die Unternehmenssteuerreform II, die die kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz wesentlich entlasten wird. Sie konzentriert sich gezielt auf steuerliche Hindernisse und Schwierigkeiten zulasten der KMU. Junge, aufstrebende Unternehmen werden gefördert, Nachfolgeprobleme gemildert und Restrukturierungen vereinfacht. So profitieren die rund 300'000 Schweizer KMU, unter anderem die Betriebe der Landwirtschaft, von dieser massvollen Reform. Mit dem Abbau der schädlichen Kapitalsteuer und der Einführung des Kapitaleinlageprinzips gewinnt der Standort Schweiz weiter an Attraktivität. Auch bei der Dividendenbesteuerung wird die Reform eine längst nötige Wende herbeiführen. Die breite Abstützung von Kantonen, Bundesrat, allen bürgerlichen Parteien bis hin zu den Grünliberalen und die positiven Abstimmungsergebnisse der letzten Monate beweisen, dass die KMU-Steuerreform eine sinnvolle und gut schweizerische Lösung ist.

Rückfragen:
Prof. Dr. Rudolf Minsch
Telefon: 044 421 35 35
rudolf.minsch@economiesuisse.ch

Medienkonferenz

Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2008

Freitag, 7. Dezember 2007

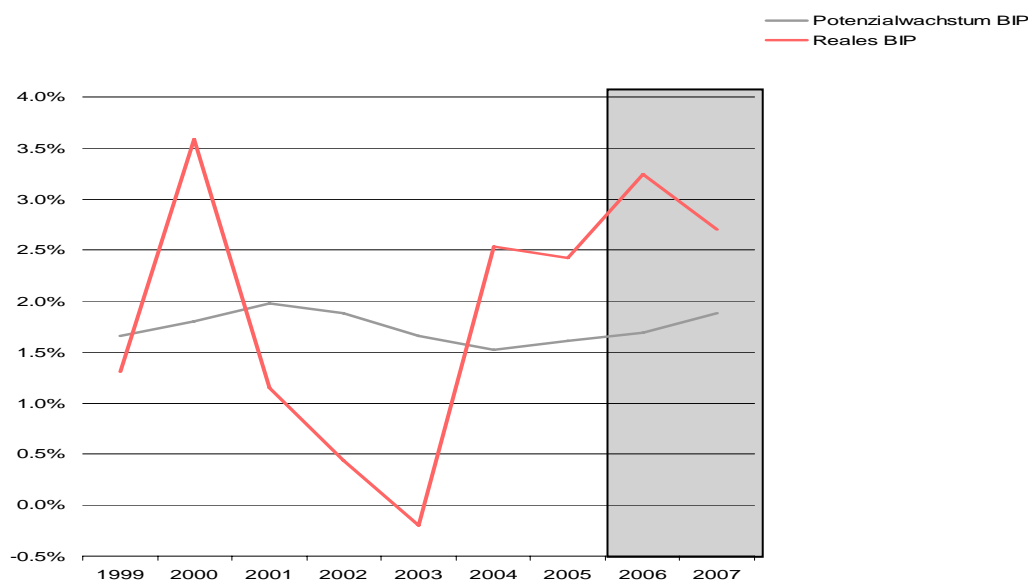
Es gilt das gesprochene Wort

Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick

Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom economiesuisse

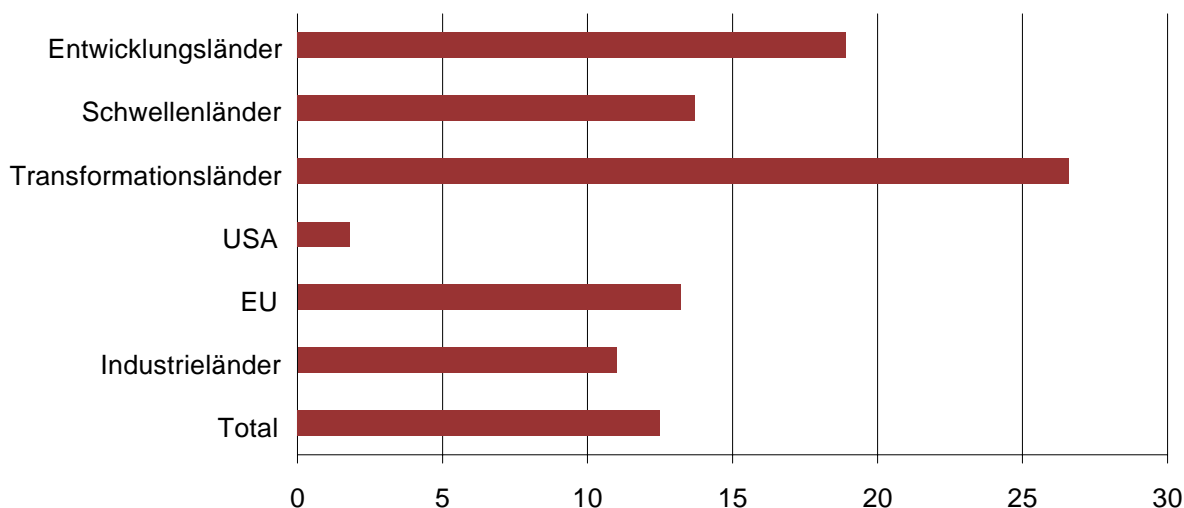
Aktuelle wirtschaftliche Situation

Die Schweizer Wirtschaft ist immer noch in Fahrt. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) wird 2007 aller Voraussicht nach um etwa 2,7 Prozent wachsen. Damit kann die Schweizer Wirtschaft auf vier erfolgreiche Jahre zurückblicken: Seit 2004 übertreffen die Wachstumsraten des BIP die psychologisch wichtige Zweiprozentmarke. Diese Marke hat aber nicht nur psychologischen Wert, sondern liegt auch nahe am derzeitigen Potenzialwachstum der Schweizer Wirtschaft. In der unten stehenden Abbildung ist neben dem BIP auch das – mit Hilfe einer Produktionsfunktion geschätzte – Potenzialwachstum aufgetragen. Im Durchschnitt der letzten Jahre beträgt das Potenzialwachstum der Schweizer Volkswirtschaft rund 1,9 Prozent. Mit anderen Worten kann die Wirtschaft langfristig mit dieser Rate wachsen, ohne dass es zu Nachfrageüberhängen und damit Inflationsrisiken kommt. Dank der Zuwanderung von qualifizierten ausländischen Arbeitskräften hat sich das geschätzte Potenzialwachstum in den letzten Jahren leicht erhöht.



Wachstumsrate reales BIP und Potenzial BIP (Quelle: Bundesamt für Statistik und eigene Schätzungen)

Das robuste Wachstum ist breit abgestützt und umfasst sowohl alle wichtigen Nachfragegrössen als auch die meisten Branchen. Die grösste Dynamik entfalten nach wie vor die Exporte, die von Januar bis Ende Oktober im Vergleich zur Vorjahresperiode nominal um durchschnittlich 12,5 Prozent gewachsen sind. Wie der unten stehenden Abbildung entnommen werden kann, stiegen die Exporte der Schweizer Wirtschaft im Jahr 2007 vor allem in die Transformationsländer (Russland, China) mit 26,6 Prozent und in die Entwicklungsländer (OPEC, Indien) mit knapp 19 Prozent besonders stark an. Auch die Schwellenländer (Thailand, Singapur) trugen mit einem Wachstum von 13,7 und die EU mit 13,2 Prozent zum erfreulichen Resultat bei. Einzig Nordamerika trübt das Bild. Die Exporte mit Ziel USA weisen in den ersten zehn Monaten von 2007 ein vergleichsweise geringen 1,8 Prozent aus. Die Schweizer Wirtschaft wird damit indirekt von der Abkühlung der Konjunktur im Sog der Kreditkrise in den USA erfasst.



Schweizer Exporte nach Wirtschaftsräumen, Januar bis Oktober 2007 (Quelle: EZV 2007)

Auch der private Konsum erweist sich dank der zunehmenden Beschäftigung und der guten Stimmung der Konsumenten in zunehmendem Masse als Konjunkturstütze. Insgesamt sollte diese wichtigste Nachfragegrösse in diesem Jahr um rund zwei Prozent zunehmen. Einzig die Bauinvestitionen stagnieren auf hohem Niveau. Vor allem die privaten Bauinvestitionen kühlen sich ab, nachdem sie in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind. Hier ist allerdings zwischen den Bauinvestitionen der privaten Haushalte und dem gewerblichen Bau zu unterscheiden. Während die privaten Haushalte dieses Jahr weniger gebaut haben, sind die Ausgaben für gewerbliche Bauten angestiegen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen wachsen in diesem Jahr aufgrund der immer noch erfreulichen Konjunktur überdurchschnittlich.

Das Wirtschaftswachstum widerspiegelt sich im Beschäftigungswachstum: Das vom Bundesamt für Statistik veröffentlichte Beschäftigungsbarometer weist per Ende des dritten Quartals 2007 ein kräftiges Wachstum aus. Sowohl die Erwerbstätigenstatistik (plus 2,3 Prozent) als auch die Beschäftigungsstatistik (plus 2,7 Prozent) zeigen die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in der Schweiz. Es ist davon auszugehen, dass sich das Beschäftigungswachstum auch im vierten Quartal fortsetzt.

Gründe für das anhaltende Wachstum der Schweizer Wirtschaft

1. Hohes Wachstum der Weltwirtschaft

Das anhaltende hohe Wachstum der Schweizer Wirtschaft ist in erster Linie auf die kräftige Weltkonjunktur zurückzuführen. Gemäss dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wuchs die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren um rund fünf Prozent. Das Weltwirtschaftswachstum konzentrierte sich nicht nur auf die industrialisierten Länder. Neben dem weiterhin ungebremsen Wachstum in China und Indien verzeichnet auch Afrika ansehnliche Expansionsraten. Die hohen Wachstumsraten in allen Erdteilen waren denn auch der Grund für die grosse Nachfrage nach Schweizer Produkten im Ausland.

Wachstumsraten der Weltwirtschaft (reales BIP)

	2004	2005	2006	2007	2008
				Prognose	Prognose
Welt	5,3	4,8	5,4	5,2	4,8
USA	3,6	3,1	2,9	1,9	1,9
Euro-Zone	2,0	1,5	2,8	2,5	2,1
EU	2,7	2,0	3,2	3,0	2,5
Japan	2,7	1,9	2,2	2,0	1,7
Afrika	5,8	5,6	5,6	5,7	6,5
China	10,1	10,4	11,1	11,5	10,0
Indien	7,9	9,0	9,7	8,9	8,4

Quelle: IMF, World Economic Outlook 2008 (Stand 17. Oktober 2007)

2. Schwacher Schweizer Franken und noch schwächerer Dollar

Im Gegensatz zu früheren Wachstumsphasen haben die Schweizer Unternehmen derzeit nicht mit einem starken Franken zu kämpfen. Der gegenüber dem Euro relativ schwache Franken hat die Schweizer Produkte in der EU verbilligt und so zum Wachstum der Exporte beigetragen. Die Eurostärke macht die Schweizer Produkte im Vergleich zu den Konkurrenzprodukten aus Europa auch auf den Weltmärkten relativ günstiger und kompensiert so teilweise die Nachteile der Dollarschwäche. Die negativen Konsequenzen werden zudem auch dadurch etwas gedämpft, dass die Erdöl- und weitere Rohstoffpreise in Schweizer Franken nicht so stark ansteigen.

3. Gut positionierte Schweizer Unternehmen

Die Schweizer Wirtschaft ist dank der laufenden Anpassungen der Unternehmen breit diversifiziert. Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und ergänzen die international ausgerichteten Grossunternehmen. Die Restrukturierungen der Vergangenheit zahlen sich heute aus. Den Schweizer Unternehmen ist in den letzten Jahren auch zugute gekommen, dass die Kaufkraft in allen Teilen der Welt zugenommen hat. Als Folge davon steigt gerade die Nachfrage nach hochpreislichen Qualitätsprodukten kontinuierlich. Die Kreditkrise hat in den Hintergrund gerückt, dass sich der Schweizer Finanzplatz in den letzten Jahren erfreulich entwickelt hat.

4. Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und weitere Reformschritte

Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU hat den wirtschaftlichen Aufschwung massgeblich unterstützt. Die hohe Nachfrage nach qualifiziertem Fachpersonal hätte mit Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alleine nicht befriedigt werden können. Die Unternehmen konnten durch die Rekrutierung von Arbeitskräften aus der EU am weltweiten Wachstum teilnehmen. Ebenfalls das Wachstum begünstigt haben steuerliche Reformen auf Bundes- und kantonaler Ebene und Deregulierungen im Binnenmarkt.

Ausblick auf 2008: nachlassende Dynamik

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Aussichten für das Jahr 2008 sind nach wie vor gut. Das Wachstum der Schweizer Wirtschaft ist robust und wird sich auch im neuen Jahr fortsetzen. Allerdings ist der Höhepunkt des Konjunkturzyklus überschritten, und die Wachstumsdynamik wird spürbar nachlassen. Trotz der Massierung von Negativmeldungen in den letzten Monaten weisen viele Indikatoren auf eine Verlängerung des Wachstums hin: Die Auftragseingänge der Unternehmen, die Zahl der offenen Stellen und die Konsumentenstimmung sind hoch.

Die Wirtschaft geht für das Jahr 2008 von einem stabilen Wachstum des inländischen Konsums aus, was vor allem dem Detailhandel und dem Tourismus zugute kommen wird. Demgegenüber werden die Bauinvestitionen leicht rückläufig sein, aber immer noch ein hohes Niveau aufweisen. Der wichtigste Wachstumstreiber bleibt die Exportwirtschaft. Die Nachfrage nach Schweizer Produkten im Ausland wird gemäss der Beurteilung der Wirtschaft auch 2008 stark ausfallen. Vor allem die Schweizer Uhren- und Nahrungsmittelindustrie blickt dem neuen Jahr zuversichtlich entgegen. Auch die erfreuliche Exportsituation für die Pharma- und Maschinenindustrie hält an. Vereinzelt profitieren Schweizer Firmen vom hohen Erdölpreis, da sie Investitionsgüter für den Energiesektor exportieren. Die positive Einschätzung der Schweizer Wirtschaft deckt sich mit den Prognosen der Weltkonjunktur des IWF für nächstes Jahr. Dieser erwartet auch im 2008 einen Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um 4,8 Prozent. Das breit diversifizierte Angebotspektrum der Schweizer Wirtschaft wird an diesem Anstieg partizipieren können.

Im Gegensatz zur Realwirtschaft sind die Aussichten für die Finanzwirtschaft aufgrund der nach wie vor herrschenden Unsicherheit etwas weniger positiv. Die Kreditkrise zieht weitere Kreise. Nach wie vor ist das konkrete Ausmass des notwendigen Wertberichtigungsbedarfs nicht bekannt. Derzeit geht man in Marktkreisen von rund 200 bis 300 Milliarden Dollar aus. Bleibt es dabei, wäre der Wertberichtigungsbedarf für das Bankensystem in den USA und im Rest der Welt tragbar. Zum Vergleich: Anfang der Neunzigerjahre mussten die Schweizer Banken im Zuge der Immobilienkrise Kreditausfälle und Abschreibungen in der Höhe von etwa 42 Milliarden Schweizer Franken verkraften. Für den Finanzplatz Schweiz von grosser Bedeutung ist das Vermögensgeschäft und damit die Lage auf den Aktienmärkten, die bis dato nicht so stark unter der Krise gelitten haben. So lange sich das Marktumfeld nicht deutlich verschlechtert, sollten sich die Auswirkungen auf die Schweizer Banken denn auch in Grenzen halten. Die Finanzindustrie wird langfristig gestärkt aus den Turbulenzen hervorgehen.

Die Schweizer Wirtschaft geht insgesamt von einem Wachstum von 1,5 bis 1,7 Prozent im nächsten Jahr aus. Die positive Beschäftigungssituation wird auch im Jahr 2008 anhalten. Aufgrund des moderaten Wirtschaftswachstums werden die Arbeitslosenzahlen (2,6 Prozent) weiter leicht sinken.

Seit den veröffentlichten Schätzungen der Prognoseinstitute in diesem Herbst haben sich die Risiken eindeutig erhöht:

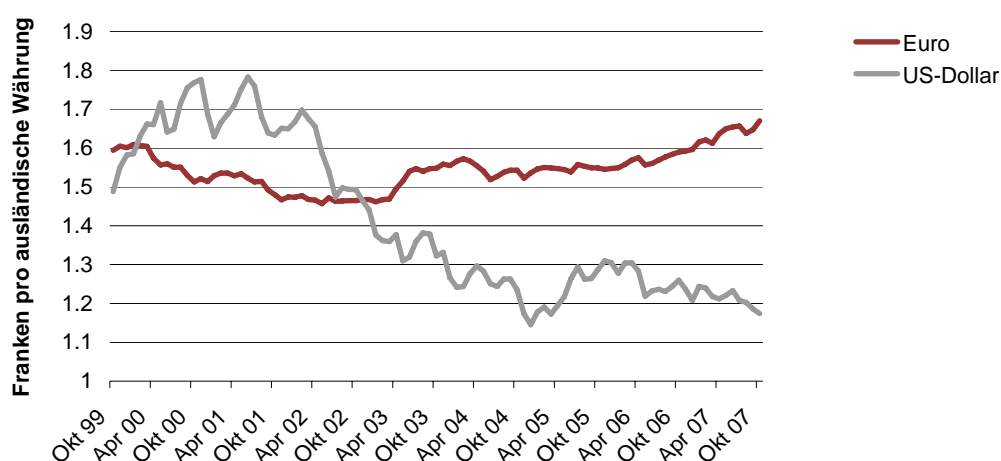
Risiko US-Konjunktur: Die Konjunktur in den USA stottert. Bereits deuten erste Signale auf eine deutliche Verlangsamung der amerikanischen Konjunktur hin. In Übereinstimmung mit anderen Institutionen hat der IWF seine Prognose für die USA deutlich nach unten angepasst, geht aber derzeit immer noch von einem Wachstum von 1,9 Prozent aus. Die grösste Gefahr für die US-Konjunktur besteht darin, dass sich die Krise zu einem Flächenbrand ausweitet. Da viele Hausbesitzer in der nächsten Zeit mit einem Zinsaufschlag rechnen müssen, könnten die Kreditausfälle stark zunehmen. Zudem besteht die Gefahr, dass die Häuserpreise auf breiter Front stärker ins Rutschen geraten. Ein Abwärtsstrudel im Immobilienmarkt würde die Bonität vieler Schuldner verschlechtern. Zudem werden die Banken mit

einer restriktiveren Kreditvergabe reagieren, was eine Kreditklemme auslösen könnte. Ebenfalls wird der US-amerikanische Konsum von den steigenden Erdölpreisen belastet. Die rezessiven Tendenzen in den USA haben sich aus diesen Gründen insgesamt erhöht. Käme es tatsächlich zu einer Rezession in den USA, würde dies die weltweite Konjunktur stark in Mitleidenschaft ziehen und damit auch die Schweizer Exporte reduzieren.

Risiko Wechselkursstürbulenzen: Die Schwäche des US-Dollars kam nicht unerwartet: Schon seit Jahren weist die USA ein riesiges Handelsbilanzdefizit auf. Mit der Abschwächung des Dollars verteuern sich die Importe und verbilligen sich die Exporte der USA. Damit kommt es zu einer Reduktion des Handelsbilanzdefizits. Solange die Wechselkursanpassungen langsam und graduell erfolgen, können sich die Marktteilnehmer darauf einstellen. Schwieriger wird es, wenn es zu sprunghaften Wechselkursänderungen kommt, sei dies aufgrund einer Ausweitung der Kreditkrise oder aufgrund politischer Instabilitäten.

Der schwache Dollar reduziert auch die Gewinne der Öl exportierenden Länder und den Wert der Währungsreserven von vielen Ländern. Allein schon Spekulationen über mögliche Umschichtungen in den Euro lassen den Dollar weiter fallen.

Die Abwertung des Dollars variiert stark nach Währungen: Während der Dollar seit Anfang 2006 gegenüber dem Euro rund 22 Prozent an Wert eingebüsst hat, verliert er gegenüber der chinesischen Währung nur rund acht Prozent. Die Abwertung des Dollars gegenüber dem Franken liegt mit rund 13 Prozent ungefähr in der Mitte. Schon seit langem wird gefordert, dass die chinesische Währung aufgewertet und die Anbindung an den Dollar aufgehoben wird. Vermeintliche oder tatsächliche Ungleichgewichte könnten abrupte Wechselkursänderungen auslösen und die Weltwirtschaft belasten.



Nominelle Wechselkurse CHF/\$ und CHF/Euro (Quelle: SNB 2007)

Der Dollar hat gegenüber dem Euro noch stärker an Wert verloren als gegenüber dem Schweizer Franken. Die Schweizer Wirtschaft profitiert zwar derzeit davon, dass sich der Franken gegenüber dem Euro abgeschwächt hat. Immerhin gehen rund 63 Prozent aller Schweizer Exporte nach Europa. Auch

hier gilt: Solange die Währungsanpassungen graduell und über eine längere Zeitperiode erfolgen, kann sich die Schweizer Wirtschaft anpassen. Die Gefahr von Währungsturbulenzen als Folge der Kreditkrise ist aber nicht von der Hand zu weisen. Flüchten Anleger in einer solchen Situation in den Schweizer Franken, könnte sich der Schweizer Franken gegenüber dem Euro in kurzer Zeit massiv aufwerten und der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen.

Monetäre Entwicklung

Die durchschnittliche Inflationsrate für das Jahr 2007 wird in den USA auf rund 2,7 Prozent und im Euro-Raum auf rund 2,0 Prozent geschätzt. Deutlich tiefer ausfallen wird die durchschnittliche Inflationsrate in der Schweiz: Trotz steigenden Importpreisen erhöhen sich die Preise in diesem Jahr lediglich um rund 0,7 Prozent.

In der immer noch angespannten Situation auf den Finanzmärkten erwarten die Marktteilnehmer besonders in den USA sinkende Zinsen. Das monetäre Umfeld für solche Schritte hat sich gegenüber den Jahren nach der Dotcom-Krise aber eindeutig verschärft: Gestiegene Erdöl- und Nahrungsmittelpreise und tendenziell steigende Preise für Importe aus Asien erhöhen die Inflationsgefahr in den USA und in abgeschwächter Form auch in Europa. Dauert in einem solchen Umfeld die grosszügige Liquiditätszufuhr in den Finanzkreislauf an, werden die Inflationsraten langfristig weiter anziehen. Der Spielraum für eine stimulierende Geldpolitik ist damit im Vergleich zur Greenspan-Ära deutlich geringer geworden.

Für die Schweiz ist die Inflationsgefahr hingegen weniger ausgeprägt. Der Anstieg der Erdölpreise wird teilweise durch die Abwertung des Dollars kompensiert. Hingegen werden die Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 etwas anziehen. Auch die Lohnerhöhungen führen zu moderat steigenden Preisen.

Insgesamt erwartet die Wirtschaft für das nächste Jahr eine durchschnittliche Inflationsrate in der Höhe von 1,3 bis 1,5 Prozent. Aufgrund der vorausschauenden Geldpolitik der SNB sind die längerfristigen Inflationsgefahren in der Schweiz deutlich kleiner als in den USA und im Euro-Raum. Vor diesem Hintergrund erwartet die Wirtschaft keine weitere Zinserhöhung der SNB.

Rückfragen:

Rudolf Minsch

Telefon: 044 421 35 34

rudolf.minsch@economiesuisse.ch

Medienkonferenz

Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2008

Freitag, 7. Dezember 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Wirtschaftspolitische Prioritäten in der neuen Legislatur

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Das wirtschaftliche Fundament der Schweiz ist gut. Die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik der vergangenen Jahre ist eindrucklich. Bezüglich Wettbewerbsfähigkeit belegt unser Land in den internationalen Vergleichen einen Podestplatz. Doch bekanntlich wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Allein schon ein Blick auf 2008 macht deutlich, dass eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums ansteht.

Über diese konjunkturelle Betrachtung hinaus gilt es wirtschaftspolitisch in erster Linie, die langfristigen Trends im Auge zu behalten. Diese machen deutlich, dass Westeuropa und damit auch die Schweiz in den kommenden Jahren durch den globalen Wettbewerb herausgefordert bleiben. Nur wenn es der Wirtschaftspolitik, den Unternehmen und Sozialpartnern gelingt, die Konkurrenzfähigkeit nachhaltig zu stärken, wird die Schweiz auch zukünftig auf der Gewinnerseite bleiben.

Wirtschafts- und finanzpolitisch darf daher nicht auf den Lorbeeren ausgeruht werden. Vielmehr muss es darum gehen, das Fundament für zukünftiges und nachhaltiges Wachstum zu stärken, statt der Symptombekämpfung zu verfallen.

Aus wachstumspolitischer Sicht stehen unseres Erachtens die folgenden Herausforderungen im Vordergrund:

1. Im Interesse einer soliden Finanzpolitik sind die vor allem auch dank der guten Konjunktur entstandenen Überschüsse konsequent zur Schuldentilgung und zur gezielten Steuersenkung zu verwenden. Die vom Stimmvolk mit einer Mehrheit von knapp 85 Prozent angenommene Schuldenbremse ist strikte einzuhalten und auf den ausserordentlichen Bereich auszuweiten. Die ausgabenseitigen Strukturreformen (Aufgabenportfolio) sind voranzubringen, um insbesondere im Falle eines konjunkturellen Einbruchs erneute massive Defizite zu verhindern. Es ist im Rahmen der Ausgabendisziplin entlang der Teuerung vor allem sicherzustellen, dass der Handlungsspielraum für zukunftsorientierte, wachstumsstärkende Ausgaben wie Bildung und Forschung sowie die Modernisierung der Infrastruktur aufrechterhalten und ein eigentliches „Crowding out“ durch den Sozialbereich verhindert werden kann.

2. Steuerpolitisch sind die anstehenden Reformen zugunsten der Unternehmen (Unternehmenssteuerreform II, Senkung der Gewinnsteuersätze, Eliminierung des Emissionsstempels), der Ehepaare sowie die Vereinfachung der Mehrwertsteuer mit einem Einheitssatz voranzutreiben. Niedrige Steuern und eine hohe Ausgabendisziplin bleiben wachstumspolitisch angesichts des internationalen Wettbewerbs unabdingbar. Was den Steuerstreit mit der EU anbelangt, bleibt der Bundesrat aufgefordert, bezüglich der nationalen Steuersouveränität keine Konzessionen zu machen. Über die Nachteile für den Wirtschaftsstandort Schweiz hinaus würde durch ein Einlenken ein gefährliches Präjudiz geschaffen.
3. Aussenwirtschaftspolitisch stehen die Sicherung des bilateralen Weges mit der EU, Freihandelsabkommen mit den aufstrebenden aussereuropäischen Staaten sowie die Wiederbelebung der WTO im Vordergrund. Insbesondere die Personenfreizügigkeit mit der EU hat sich bewährt. Die anstehende Ausweitung auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien ist daher unter Wahrung ausreichender Übergangsfristen im Interesse der schweizerischen Wirtschaft zu unterstützen.
4. Trotz verschiedener Verbesserungen (Revision Binnenmarkt und Kartellgesetz) ist der Wettbewerb weiter zu stärken. Der Zugang zu unserem Markt ist zu erleichtern und staatlich regulierte Preise sind abzubauen. Neben der Beseitigung von Handelshemmnissen im Rahmen der Cassis-de-Dijon-Regelung ist die Öffnung des Postmarktes und des Strommarktes voranzubringen sowie in der Gesundheitspolitik der Wettbewerb im Spitalmarkt auszuweiten.
5. Weitere wichtige Projekte betreffen die Bildung und Forschung mit einem Schwergewicht im Bereich der Naturwissenschaften und der Ingenieurausbildung. Mit dem Hochschulrahmengesetz ist angesichts des intensivierten internationalen Wissenswettbewerbs rasch die Voraussetzung zu schaffen, damit sich insbesondere die Hochschulen mit klarem Profil positionieren können.
6. Die Sicherung einer kompetitiven, geopolitisch breit abgestützten und umweltgerechten Energieversorgung ist für den Werk- und Dienstleistungsplatz von hoher Priorität. Neben weiteren Sparanstrengungen, Effizienzsteigerungen, der Förderung alternativer Energien bleibt der Bau von Grossanlagen vornehmlich im Kernkraftbereich unumgänglich.

Mit den erwähnten Reformen muss es darum gehen, sowohl für die international orientierten Grossunternehmen als auch für die leistungsstarken KMU beste Bedingungen für den internationalen Wettbewerb zu gewährleisten, damit Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten und geschaffen werden können. Dabei ist auch zukünftig zu beachten, dass unser Land über ausgezeichnete Voraussetzungen sowohl für den Finanz- und Dienstleistungs- als auch für den Werkplatz verfügt.

Medienkonferenz

Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2008

Freitag, 7. Dezember 2007

Es gilt das gesprochene Wort

KMU-Steuerreform im Kontext steuerpolitischer Reformen

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung, economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Steuereinnahmen der Schweiz steigen seit 1970 stetig. Sowohl die Einnahmen aus der Unternehmenssteuer als auch diejenigen aus der Einkommenssteuer der privaten Haushalte sind weit stärker als die Wirtschaft gewachsen. Trotz zahlreicher Steuerreformen, vor allem in den Kantonen, kann von einer „ruinösen Abwärtsspirale“ keine Rede sein. Das Gegenteil trifft zu.

Die Umverteilungsstudie von economisesuisse hat es auf den Punkt gebracht: Prosperierende Unternehmen und vermögende, einkommensstarke Privatpersonen spielen bei der Generierung der öffentlichen Einnahmen der Schweiz eine zentrale Rolle. Für die nachhaltige und ergiebige Finanzierung des Staates und seiner Sozialwerke – und damit für die Sicherung der politisch erwünschten Solidarität – gilt es, im Rahmen des internationalen Steuerwettbewerbs um steuerlich interessante Unternehmen und Personen nach wie vor in der Spitzengruppe zu bleiben bzw. diese Spitzenposition noch auszubauen. Wir dürfen erprobte Erfolgsfaktoren wie das interkantonale Steuerwettbewerbsmodell nicht aufs Spiel setzen. Steuerattraktivität zahlt sich für alle aus. Letztlich beruht der Wohlstand der Schweiz auf dem Wirken von innovativen Unternehmen und leistungsbereiten Privatpersonen. Nur wenn sich diese Kräfte dank guter Rahmenbedingungen frei entfalten können und nicht gehemmt werden, kommt das der gesamten Wirtschaft zugute. Nur dann kann eine Solidarität entstehen und der Sozialstaat finanziert werden.

Ein gutes Steuerumfeld ist unverzichtbar, um die Attraktivität der Schweiz für die genannten Personen- und Steuergruppen zu erhalten und zu sichern. Attraktivität bedarf der Pflege – und hier steht die Schweiz steuerlich vor verschiedenen Herausforderungen. Das vorrangige Ziel muss darum ein schlankes, möglichst unverzerrtes Steuersystem sein, das zentrale Wachstums- und Wohlstandsfaktoren wie die Beschäftigung und die Kapitalbildung so wenig wie möglich tangiert.

Eine erste Herausforderung besteht in der Vermeidung bzw. Milderung der steuerlichen Doppelbelastung der Dividenden, wie es in praktisch allen OECD-Ländern üblich ist. Diese Doppellast verteuert Finanzierungen und hemmt somit Investitionen. Eine zweite Herausforderung ist der Kampf für die steuerliche Attraktivität der Schweiz für ausländische, qualifizierte Arbeitskräfte. Studien und internationale Vergleiche sprechen eine deutliche Sprache: Von einer insgesamt moderaten Steuerbelastung

profitieren infolge des Wirtschaftswachstums schliesslich auch die Staatseinnahmen. Das Steuerwettbewerbsmodell der Schweiz hat sich bewährt. Undurchdachte Gleichschaltungen und Steuererhöhungen – wie mit der SP-Steuerharmonisierungsinitiative beabsichtigt – könnten unserer Volkswirtschaft einen grossen, irreversiblen Schaden zufügen. Eine weitere Herausforderung ist weniger spektakulär, aber dennoch wichtig: Die Mehrwertsteuer soll radikal vereinfacht werden. Ein einheitlicher, tiefer Satz ist zwingend, soll die geplante Reform voll zum Tragen kommen. Werden Ausnahmen und Sondersätze zurückgefahren, entschärfen sich Abgrenzungsprobleme, Wettbewerbsverzerrungen und bürokratische Lasten. Vereinfacht gesagt wird zwar der Inhalt des Kühlschranks etwas teurer, aber der Kühlschrank selbst und der Rest der Küche werden günstiger. Die Totalreform der Mehrwertsteuer ist kein Nullsummenspiel. Sie bringt Unternehmen und Konsumenten Netto-Vorteile. Wir fordern daher eine technisch ausgereifte Reform mit einem tiefen Einheitssatz.

Im Standortwettbewerb bedeutet Stillstand einen Rückschritt. Auch der internationale Steuerwettbewerb macht vor der Schweiz nicht halt. Die Gewinnsteuersätze befinden sich europaweit im Sinkflug, die Emissionsabgabe wird reihum abgeschafft. Auch die Kapitalsteuer ist ein Relikt, das es fast nur noch in der Schweiz gibt. Im Unternehmenssteuerbereich – bei den Gewinnsteuersätzen – hat die Schweiz in den letzten Jahren ihre Vorreiterrolle leider eingebüsst, auch wenn einige Kantone weiterhin aktiv sind. Steuerreformschritte sind daher kein Selbstzweck oder ein Geschenk an gewisse Anspruchsgruppen. Sie sind für die Finanzierung der Schweiz langfristig notwendig.

Um weiterhin in der Spitzengruppe zu bleiben, muss die Schweiz in Steuerfragen souverän bleiben. Die Wirtschaft erwartet daher vom Bundesrat, dass er sich in der Frage der kantonalen Steuerregime strikt auf einen Dialog mit der EU beschränkt. Es braucht keine Verhandlungen, da die Steuerregime keinen Bezug zum Freihandelsabkommen von 1972 aufweisen. Sollte sich die EU darauf abstützen, verstösst dies gegen den im Völkerrecht zentralen Grundsatz von Treu und Glauben.

Zur nächsten Abstimmung: Die Unternehmenssteuerreform II hilft den kleinen und mittleren Unternehmen der Schweiz. Es handelt sich um eine KMU-Reform. Die Reform konzentriert sich bewusst auf steuerliche Hürden und Verzerrungen zulasten der KMU. Man erinnere sich, dass es bei der ersten Unternehmenssteuerreform vor bald zehn Jahren vorab um Massnahmen für international mobile Firmen ging. Unternehmer, Familienunternehmen und Personengesellschaften werden nun von der KMU-Reform gezielt entlastet. Die positiven Impulse sind offensichtlich: Junge, wachsende Unternehmen werden gefördert, Nachfolgeprobleme gemildert, Sanierungen und Restrukturierungen unterstützt. Aufgrund der Breite der Massnahmen profitieren sämtliche 300'000 KMU der Schweiz einschliesslich der Betriebe der Landwirtschaft in der einen oder anderen Form. Die KMU-Reform baut endlich die schädliche Kapitalsteuer ab, und durch die Einführung des Kapitaleinlageprinzips wird ein erstrangiges Standort- und Investitionshindernis beseitigt. Bei der Dividendenbesteuerung belegt die Schweiz international gesehen schon lange einen der letzten Plätze. Hier wird die Reform Signalwirkung haben.

Was die Teilbesteuerung der Dividenden betrifft, haben mittlerweile 17 Kantone diese überfällige Massnahme gutgeheissen, in drei weiteren Kantonen ist der Schritt in Vorbereitung. Die Fokussierung auf qualifizierte Beteiligungen ist in allen Kantonen Standard und kann mit sachlichen Argumenten, namentlich der unterschiedlichen Funktion und Wirkung von Streubesitz und unternehmerischem Aktienkapital, begründet werden. Gegen eine Maximalvariante ohne Beteiligungsgrenze hätte die Wirtschaft zweifellos keinen Einwand, die Unterteilung war allerdings – aus finanzpolitischen Gründen – Voraussetzung für die Unterstützung der Kantone. Die KMU-Steuerreform ist massvoll und trägt gleichzeitig zum Abbau gewichtiger steuerlicher Altlasten bei. Sie ist eine pragmatische, gut schweizerische Lösung, die von den Kantonen ebenso wie vom Bundesrat und allen bürgerlichen Parteien bis hin zu den Grünliberalen voll mitgetragen wird.

Medienkonferenz Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2008

7. Dezember 2007

Begrüssung

Gerold Bühler
Präsident economiesuisse

Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick

Prof. Dr. Rudolf Minsch
Chefökonom economiesuisse

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 3

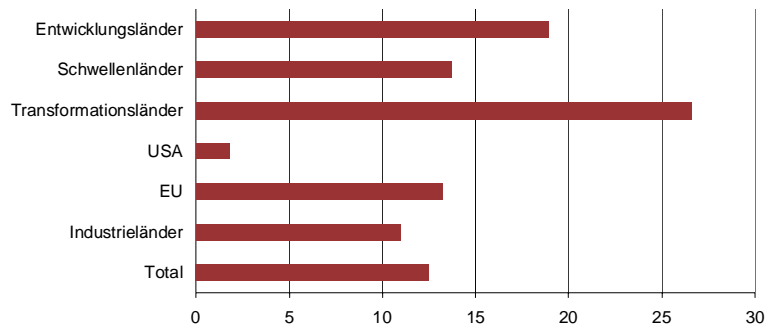
Wachstumsrate reales BIP und Potenzial BIP



Quelle: Bundesamt für Statistik und eigene Schätzungen

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 4

Schweizer Exporte nach Wirtschaftsräumen, Januar bis Oktober 2007



Quelle: EZV 2007

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 5

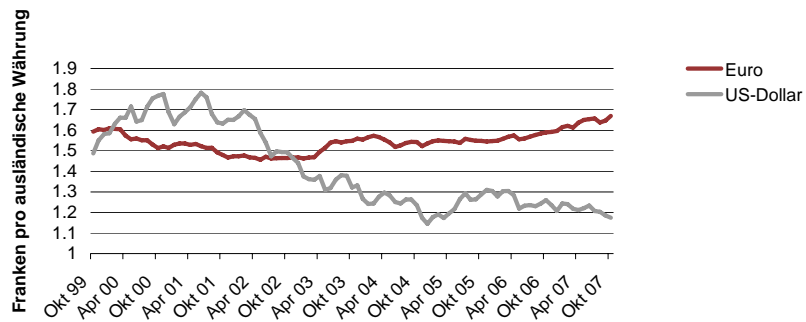
Wachstumsraten der Weltwirtschaft (reales BIP)

	2004	2005	2006	2007	2008
				Prognose	Prognose
Welt	5,3	4,8	5,4	5,2	4,8
USA	3,6	3,1	2,9	1,9	1,9
Euro-Zone	2,0	1,5	2,8	2,5	2,1
EU	2,7	2,0	3,2	3,0	2,5
Japan	2,7	1,9	2,2	2,0	1,7
Afrika	5,8	5,6	5,6	5,7	6,5
China	10,1	10,4	11,1	11,5	10,0
Indien	7,9	9,0	9,7	8,9	8,4

Quelle: IMF, World Economic Outlook 2008 (Stand 17.10.2007)

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 6

Nominelle Wechselkurse CHF/\$ und CHF/Euro



Quelle: SNB 2007

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 7

Wirtschaftspolitische Prioritäten in der neuen Legislatur

Gerold Bührer
Präsident economiesuisse

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 8

Wirtschaftspolitische Prioritäten

- **Finanzpolitik:** Schuldenbremse, ausgabenseitige Strukturreformen
- **Steuerpolitik:** USTR II, Senkung Gewinnsteuersätze, Eliminierung des Emissionsstempels, Besteuerung von Ehepaaren, Vereinfachung MwSt., keine Konzessionen im Steuerstreit mit der EU
- **Aussenwirtschaft:** Sicherung des bilateralen Weges, Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern, Wiederbelebung WTO
- **Wettbewerb:** Cassis de Dijon, Öffnung des Post- und Strommarkts, Wettbewerb im Spitalmarkt
- **Bildung und Forschung:** Schwerpunkt Naturwissenschaften, Ingenieurausbildung, Hochschulrahmengesetz
- **Energiepolitik:** Sparanstrengungen, Effizienzsteigerungen, Förderung alternativer Energien, Bau von Grossanlagen (Kernkraft)

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 9

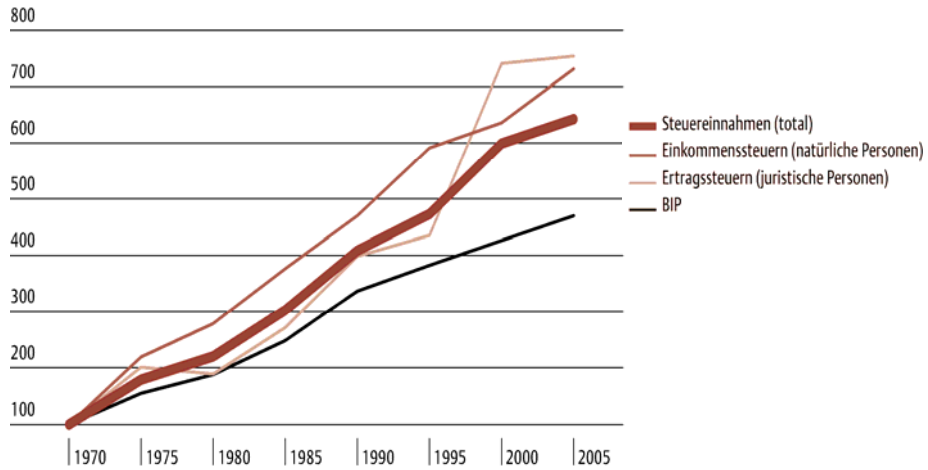
KMU-Steuerreform im Kontext steuerpolitischer Reformen

Dr. Pascal Gentinetta
Vorsitzender der Geschäftsleitung
economicsuisse

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 10

„Ruinöser“ Steuerwettbewerb? Steuereinnahmen sind nur gestiegen

Entwicklung der **Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte** seit 1970
Bund, Kantone und Gemeinden und BIP, 1970=100



Quellen: EFD, Öffentliche Finanzen der Schweiz 1998-2004; EFV, Öffentlichen Finanzen 2007; Bundesamt für Statistik.

© economieuisse 06.12.2007 Seite 11

Umverteilungsstudie - Haupterkennnis: Kleine Minderheit zahlt mehrheitlich den Staat

Finanzierung der **Staatsquote**: Steuern, Sozialbeiträge und übrige Einnahmen nach Überwälzung, 170 Mrd. Fr
Grobschätzung der Lastenverteilung nach "sozioökonomischen" Gruppen, in Prozent, 2003



© economieuisse 06.12.2007 Seite 12

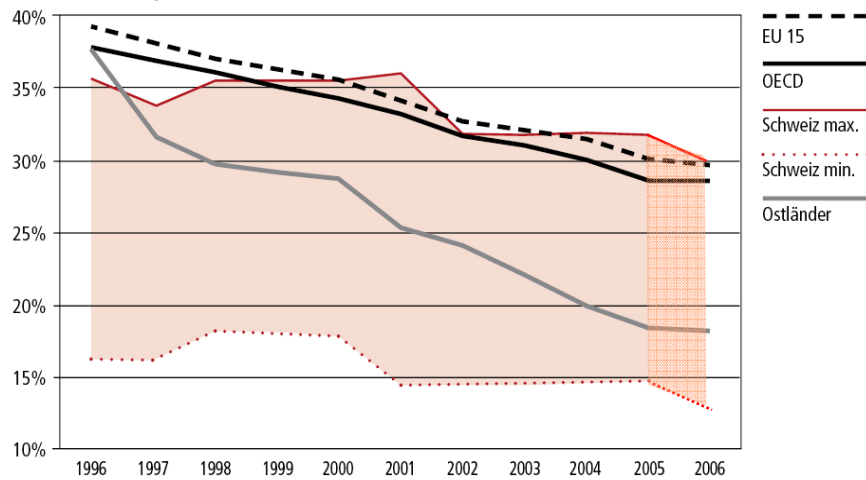
Schweiz ein Steuerparadies? Aktuelle Herausforderungen

- Dividendenbesteuerung: Milderung Doppelbelastung
- Einkommenssteuer: moderate Belastung, optimiertes System
- Erfolgreiches Steuerwettbewerbsmodell wahren
- Mehrwertsteuer: Totalrevision mit tiefem Einheitssatz
- Gewinnsteuersätze: Vorsprung schmilzt
- Schädliche Substanzsteuern: Emissionsabgabe, Kapitalsteuer
- Sicherung der Steuersouveränität

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 13

Steuerwettbewerb macht Schweiz noch attraktiv

Entwicklung der ordentlichen Gewinnsteuersätze (1996-2006)



Quellen: KPMG, Ernst & Young/ZEW, ESTV, economiesuisse

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 14

Schweiz ein Steuerparadies? Aktuelle Herausforderungen

- Dividendenbesteuerung: Milderung Doppelbelastung
- Einkommenssteuer: moderate Belastung, optimiertes System
- Erfolgreiches Steuerwettbewerbsmodell wahren
- Mehrwertsteuer: Totalrevision mit tiefem Einheitssatz
- Gewinnsteuersätze: Vorsprung schmilzt
- Schädliche Substanzsteuern: Emissionsabgabe, Kapitalsteuer
- Sicherung der Steuersouveränität

© economieuisse 06.12.2007 Seite 15

Unternehmenssteuerreform II

**Starke KMU, das 
der  Wirtschaft**

KMU-Komitee «JA zur Unternehmenssteuerreform»

- KMU und Gewerbe stärken
- Steuerliche Hindernisse abbauen
- Arbeitsplätze schaffen

© economieuisse 06.12.2007 Seite 16

KMU-Steuerreform: breite Reform für alle 300'000 KMU der Schweiz

So hilft die Steuerreform den KMU im Überblick	
Massnahme	Vorteil für KMU
Entlastung der Dividenden: Teilbesteuerungssatz von 50 Prozent im Geschäftsvermögen und von 60 Prozent im Privatvermögen ab 10-Prozent-Beteiligung	Schafft Anreize zur Gewinnausschüttung und fördert Investitionen.
Einführung des Kapitaleinlageprinzips	Ermöglicht eine flexible Finanzierung. Eigenkapital kann ohne Steuerhürden ein- und ausbezahlt werden.
Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer bei den Kantonen	Baut eine schädliche Substanzsteuer ab und stärkt die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb.
Lockerung des Beteiligungsabzugs	Beseitigt ungerechte Mehrfachbesteuerungen von finanziell verbundenen Unternehmen.
Ausweitung der Ersatzbeschaffung	Fördert die Investitionen in neue Geschäftsfelder und erleichtert Neuausrichtungen.
Erleichterungen bei der Emissionsabgabe	Erleichtert Sanierungen und die Finanzierung von Genossenschaften.
Beseitigung der Überbesteuerung der Liquidationsgewinne	Unterstützt Selbstständigenwerbende bei der privaten Altersvorsorge und stärkt langfristig orientiertes Unternehmertum
Steuerlicher Buchwert für Wertpapiere im Geschäftsvermögen	Administrative Vereinfachung und steuerliche Entlastung.
Steueraufschub bei Übertragung von Liegenschaften vom Geschäfts- ins Privatvermögen	Beseitigt die Besteuerung fiktiver Gewinne zulasten der Unternehmensnachfolge
Aufschub der Besteuerung stiller Reserven bei Erbteilung	Fördert Unternehmensnachfolge durch Entlastung der Erben.
Erhöhung der Freigrenze auf 200 Franken bei der Verrechnungssteuer	Administrative Vereinfachung für natürliche und juristische Personen.

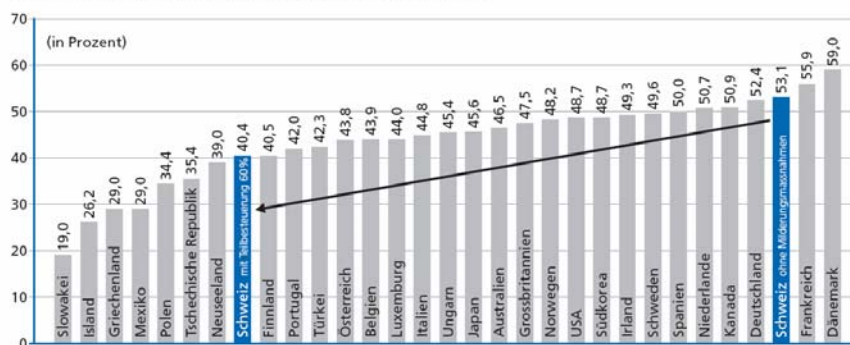
Kapitalgesellschaften

Personenunternehmen

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 17

Dividendenbesteuerung: Fast rekordhohe Steuerlast in der Schweiz

Besteuerung der Dividenden: Internationaler Vergleich (2006)



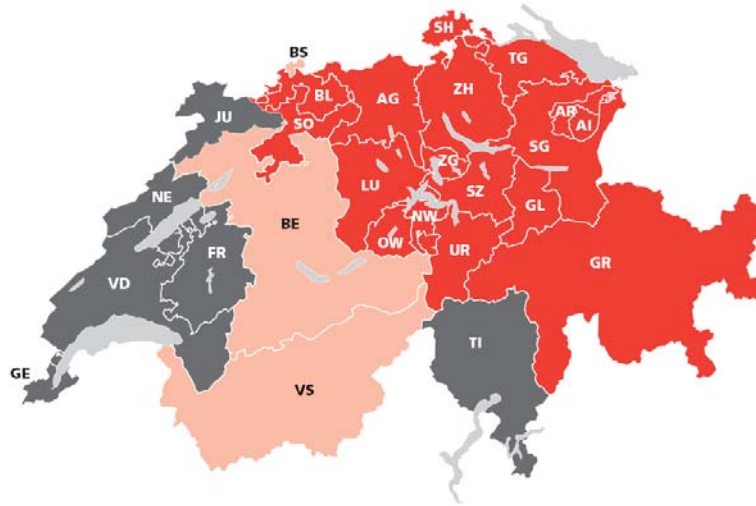
Mit der USTR II macht die Schweiz Plätze gut. Dargestellt ist der gesetzliche Steuersatz auf ausgeschütteten Gewinnen an einen inländischen Aktionär (Privatvermögen; mind. 10 % Beteiligung).
Annahme: Der kantonale Steuersatz liegt ebenfalls bei 60 %.

Quellen: OECD, eigene Berechnungen

Quellen: EFD

© economiesuisse 06.12.2007 Seite 18

Teilbesteuerung der Dividenden: breit akzeptierte kantonale Praxis



© economieuisse 06.12.2007 Seite 19

JA zur KMU-Steuerreform



© economieuisse 06.12.2007 Seite 20